

## **Mitteilung: Stellungnahme zur Behörden- und Verwaltungsorganisation 2013**

### **Demokratische Mitsprache stärken statt abschaffen!**

Zum gemeinderätlichen Vorschlag für eine „Behörden- und Verwaltungsorganisation 2013“ hat die GFL Zollikofen grundsätzliche Einwände gegen eine zentrale Stossrichtung erhoben: Wir wehren uns dagegen, dass durch die angestrebte Vereinfachung und Professionalisierung von Abläufen bewährte demokratische Mitspracherechte geschmälert werden sollen.

### **Wertschätzung für Kommissionen**

So kann es nicht angehen, dass Kommissionen verkleinert, abgeschafft oder in ihren Kompetenzen beschnitten werden, nur weil es schwieriger geworden ist, Bürgerinnen und Bürger für die Kommissionarbeit zu begeistern. Ebenso überzeugt uns die Auffassung nicht, dass Kommissionen unprofessionell arbeiten und bloss Mehrarbeit für Gemeinderat und Verwaltung produzieren. Damit wertvolles Fachwissen aus der Bevölkerung via Kommissionen dem Gemeinwesen weiterhin zugutekommen kann, ist deren Stellung zu stärken und der geleisteten Arbeit mit mehr Wertschätzung zu begegnen. Dazu gehört, dass Kommissionen weiterhin öffentlich durch das Gemeindeparlament (GGR) gewählt werden - und nicht hinter verschlossener Tür im Gemeinderat.

### **Kein Schul-CEO, mehr Ortsbildpflege**

Die GFL Zollikofen wehrt sich auch dagegen, dass die Schulkommission ihre letzten Kompetenzen an eine neue Verwaltungsstelle abtreten soll. Das erinnert uns zu stark an die im letzten Jahr verworfene Idee einer Schuldirektion bzw. eines Schul-CEO. Angesichts der früheren Vorreiterrolle Zollikofens in Umweltfragen verstehen wir auch nicht, weshalb die Umwelt- und Landschaftskommission (ULK) abgeschafft werden soll. Wir möchten die ULK vielmehr aufwerten und die bewusste Pflege des Ortsbildes zu einer neuen Kommissionsaufgabe machen.

### **Mehr Lohn fürs Gemeindepräsidium?**

Die vorgeschlagene Aufhebung der erst kürzlich vom Stimmvolk beschlossenen Lohnobergrenze für das Gemeindepräsidium ist nicht angebracht. Sie hat jedenfalls nichts mit dem Kernanliegen der Motion zu tun, die das Reformprojekt ausgelöst hat: eine bessere Arbeitsverteilung im Gemeinderat, damit dieses Nebenamt für möglichst viele offen bleibt. Statt wie vorgeschlagen einfach mehr Geld einzusetzen und etwas Symptombekämpfung zu betreiben, möchte die GFL neue Wege suchen.

Mehr dazu in der ausführlichen GFL-Stellungnahme auf [www.gfl-zollikofen.ch](http://www.gfl-zollikofen.ch) .

*Samuel Scherrer, Vorstandsmitglied Grüne Freie Liste GFL Zollikofen,  
Mitglied der Umwelt- und Landschaftskommission (ULK) der Gemeinde Zollikofen*